

Werte unauffällig, dennoch „tickende Zeitbombe“?

Statusbericht zur Altlast Sonderabfalldeponie Müncheshagen im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss der Stadt

VON HEIDI RECKLEBEN-MEYER

MÜNCHESHAGEN. Einmal im Jahr erläutert Stadtbürgermeister Martin Franke auch im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss den Sachstand zur Sonderabfalldeponie (SAD) Müncheshagen.

Die ehemalige SAD befindet sich seit Ende 2001 im Status einer gesicherten Altlast. Die Sicherung basiert auf der Einrichtung einer vollständig umschließenden Dichtwand und einer Oberflächenabdichtung. Die Sicherungsmaßnahmen waren nach umfangreichen Voruntersuchungen und Planungen 1997 von der niedersächsischen Landesregierung beschlossen und anschließend umgesetzt worden. Sie unterliegen bis zum heutigen Tage einem intensiven Monitoring, in dessen Rahmen die potenziellen Ausbreitungspfade Grundwasser, Deponiegas und Oberflächenwasser engmaschig beobachtet und analysiert werden und bei Bedarf Sicherungsmaßnahmen ergriffen werden.

Das Überwa-



Eingezäunt, von einer 30 Meter tiefen Dichtwand umschlossen und mit einer Oberflächenabdeckung versehen: die gesicherte Altlast SAD Müncheshagen.

FOTO: RECKLEBEN-MEYER

Untersuchungen angestellt werden.

Letztlich entspricht diese Entwicklung aber den in früheren Jahren formulierten Erwartungen, die eine Verschiebung des Grundwasserflusses aus der Südwest- in die Nordwestecke erkannt

die Umwelt festgestellt werden konnten". Die Anforderungen an einen Passivbetrieb seien eingehalten worden, so dass die Deponieentgasung dauerhaft passiv betrieben werden könne. Die zunächst noch weiterhin vorgehaltene Gasbehandlungs-

gerung nicht gegeben werden. Damit sei derzeit auch nicht möglich, eine endgültige Aussage über die Verzichtbarkeit weiterer Sicherungselemente zu treffen.

Abschließend hat das Bewertungsgremium die anstehenden Schritte für einen potenziellen Übergang in die Langfristnachsorge ab 2021 vereinbart. Wesentlich hierfür ist eine Statusuntersuchung in 2018, die im März 2019 vorliegen wird.

Auf dieser Grundlage werden ein Konzept und ein detaillierter Umsetzungsplan für das Langfristmonitoring erarbeitet.

Hinzuweisen sei darauf, dass die Projektsteuerung der Altlast Müncheshagen zum 1. Januar dieses Jahres von der Niedersächsischen Gesellschaft zur Endablagerung von Sonderabfall (NGS) auf das staatliche Gewerbeaufsichtsamt Hildesheim, Zentrale Unterstützungsstelle Abfall, Gentechnik und Gerätesicherheit (ZUS AGG) übergegangen ist.

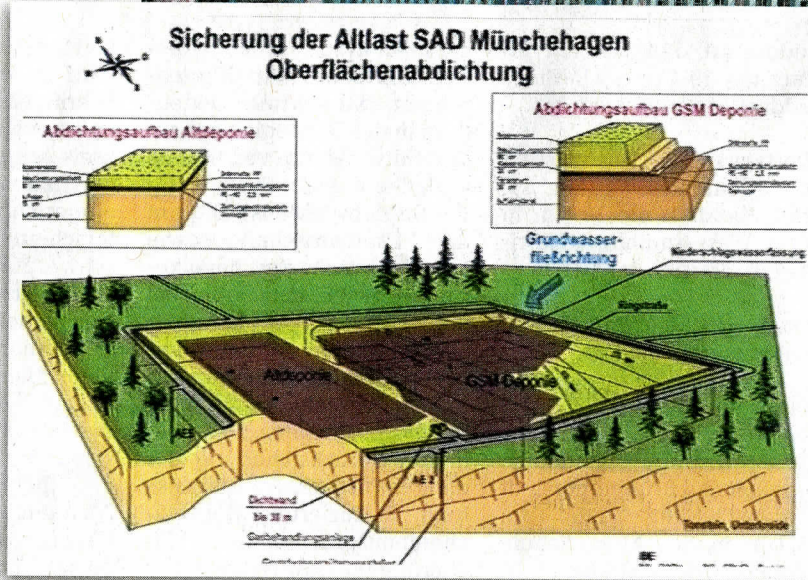
Wilhelm Droste (CDU) machte deutlich, dass zum einen längst nicht alle Gifte, die für viele Hunderte von Jahren dort nunmehr eingelagert sind, überhaupt im Detail bekannt seien. Er bewerte die SAD als „tickende Zeitbombe“ – auch weil nicht klar sei, ob Giftstoffe und chemische

(SAD) Münchenhagen.

Die ehemalige SAD befindet sich seit Ende 2001 im Status einer gesicherten Altlast. Die Sicherung basiert auf der Einrichtung einer vollständig umschließenden Dichtwand und einer Oberflächenabdichtung. Die Sicherungsmaßnahmen waren nach umfangreichen Voruntersuchungen und Planungen 1997 von der niedersächsischen Landesregierung beschlossen und anschließend umgesetzt worden. Sie unterliegen bis zum heutigen Tage einem intensiven Monitoring, in dessen Rahmen die potenziellen Ausbreitungspfade Grundwasser, Deponiegas und Oberflächenwasser engmaschig beobachtet und analysiert werden und bei Bedarf Sicherungsmaßnahmen ergriffen werden.

Das Überwachungsprogramm ist Bestandteil einer vertraglichen Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und den Anrainerkommunen sowie der Anliegergemeinschaft, die aktuell bis zum Ende des Jahres 2020 befristet ist. In jährlichen Intervallen werden die Monitoring-Ergebnisse den Vertragsparteien vorgestellt, die daraus zu ziehenden Schlüsse erläutert und notwendige Maßnahmen diskutiert. Der in diesem Zusammenhang jeweils erstellte Jahresbericht wird anschließend den politischen Entscheidungsträgern zur Kenntnis gegeben.

Die wesentlichen jüngsten Ergebnisse des Bewertungs-



gremiums lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Ein Schadstoffaustrag aus der gesicherten Altlast sei weiterhin nicht erkennbar. War über viele Jahre hinweg die Nordostecke des Deponiekörpers bei der Frage, wo gegebenenfalls Schadstoffaustritte drohen könnten, im Fokus, so hat sich dieser Schwerpunkt mittlerweile an den westlichen/nordwestlichen Rand des Deponiekörpers verschoben. In der Nordostecke wurden verschiedenste sogenannte Tracerversuche durchgeführt, um das Phänomen scheinbar „kommunizierender“ Wasserstän-

de innerhalb und außerhalb der Deponie besser zu verstehen. Diese Tracerversuche hätten ausnahmslos ergeben, dass ein Schadstoffaustritt auf diesem Wege ausgeschlossen werden könne. Dagegen habe sich ein neuer Fokus im westlichen/nordwestlichen Bereich der Anlage ergeben, weil die zuletzt erstellten Grundwassergleichenpläne veränderte Fließrichtungen in diesem Bereich aufzeigen. Zwar sei auch an dieser Stelle ein Schadstoffaustritt aktuell nicht zu befürchten, dennoch sollen zur Verbesserung des Systemverständnisses in diesen Bereich hinein weitere

Eingezäunt, von einer 30 Meter tiefen Dichtwand umschlossen und mit einer Oberflächenabdeckung versehen: die gesicherte Altlast SAD Münchenhagen.

FOTO: RECKLEBEN-MEYER

Untersuchungen angestellt werden.

Letztlich entspricht diese Entwicklung aber den in früheren Jahren formulierten Erwartungen, die eine Verschiebung des Grundwasserflusses aus der Südwest- in die Nordwestecke erkannt hatten.

2. Eine Nachrüstung von Sicherungsmaßnahmen an den Bauwerken sei derzeit nicht erforderlich. Alle Überwachungsparameter des/der hydraulischen und hydrochemischen Grundwassermonitoring, Gasmonitoring, Oberflächenwassermonitoring, Monitoring-Sedimente, Monitoring-Deponiesetzung, Kontrollen der Oberflächenabdichtung seien unauffällig und entsprächen dem derzeitigen Systemverständnis. Bestätigt wurde in diesem Zusammenhang, „dass der 2013 vereinbarte Übergang in die passive Gasbehandlung erfolgreich war und dass keinerlei negative Auswirkungen des Passivbetriebes auf

die Umwelt festgestellt werden konnten“. Die Anforderungen an einen Passivbetrieb seien eingehalten worden, so dass die Deponieentgasung dauerhaft passiv betrieben werden könne. Die zunächst noch weiterhin vorgehaltene Gasbehandlungsanlage mit Verdichter zweistufigem Aktivkohlefilter und nachgeschaltetem Biofilter sei deshalb planmäßig Anfang 2017 zurückgebaut worden. Darüber hinaus wäre sie ohnehin für eine Wiederinbetriebnahme nicht mehr tauglich gewesen.

3. Wesentliche Veränderungen der Umweltsituation gegenüber den vergangenen Jahren sollen demnach im vorliegenden Berichtszeitraum nicht eingetreten sein.

4. Eine belastbare Prognose, dass ein umweltrelevanter Stoffaustrag auch mittel- und langfristig für die Zukunft mit Sicherheit auszuschließen sein wird, kann zurzeit wegen der sehr langfristigen Prozesse der Schadstoffverla-

henden Schritte für einen potenziellen Übergang in die Langfristanhsorge ab 2021 vereinbart. Wesentlich hierfür ist eine Statusuntersuchung in 2018, die im März 2019 vorliegen wird.

Auf dieser Grundlage werden ein Konzept und ein detaillierter Umsetzungsplan für das Langfristmonitoring erarbeitet.

Hinzuweisen sei darauf, dass die Projektsteuerung der Altlast Münchenhagen zum 1. Januar dieses Jahres von der Niedersächsischen Gesellschaft zur Endablagerung von Sonderabfall (NGS) auf das staatliche Gewerbeaufsichtsamt Hildesheim, Zentrale Unterstützungsstelle Abfall, Gentechnik und Gerätesicherheit (ZUS AGG) übergegangen ist.

Wilhelm Droste (CDU) machte deutlich, dass zum einen längst nicht alle Gifte, die für viele Hunderte von Jahren dort nunmehr eingelagert sind, überhaupt im Detail bekannt seien. Er bewerte die SAD als „tickende Zeitbombe“ – auch weil nicht klar sei, ob Giftstoffe und chemische Prozesse im Deponiekörper nicht zu einer vorzeitigen Ermüdung/Alterung der Baukörper, wie zum Beispiel der 30 Meter Dichtwand, führen könnten.

Martin Franke sieht derzeit keinen Anlass zur Beunruhigung. Die Prozesse innerhalb der Deponie würden nach wie vor genau beobachtet und liefern zudem sehr langsam ab.

Doch auch Bernd Sandmann (Bündnisgrüne) teilt die Auffassung, dass es sich bei der SAD um eine „tickende Zeitbombe“ handelt. „Vielleicht gibt es irgendwann die Möglichkeit, das Gift dort doch herauszuholen“, betonte er. Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.